



## Oberhausens KinderAkademie im Landtag

30 Oberhausener Kinder haben im Rahmen der Internationalen KinderAkademie den Landtag in Düsseldorf besucht. Nach einer Besichtigung des Parlaments haben sie sich mit den Abgeordneten Sonja Bongers und Stefan Zimkeit getroffen und viele Themen mitgebracht. „Wie sind Sie Politiker geworden?“, lautete die erste Frage. Sonja Bongers antwortete, dass sie Rechtsanwältin sei und über Umwege in die Politik gekommen ist. Zuerst habe sie sich im Stadtteil engagiert, dann für die ganze Stadt Oberhausen. Stefan Zimkeit erinnerte sich

daran, dass er sich als 16-Jähriger an Demonstrationen für Frieden und gegen Atomraketen beteiligt habe und dann zu den Jusos gegangen sei. „Ich wollte etwas verändern.“ Auf die Frage, wie eine gute Kinderpolitik aussieht, sagte Bongers: „Kinder ernst nehmen. Es ist super, wie ihr uns Fragen stellt.“ „Alle Kinder sollen gleich gute Chancen haben, egal ob die Eltern viel oder wenig Geld haben“, plädierte Zimkeit dafür, dass Kitas und Schulen noch mehr Möglichkeiten bekommen, Chancengleichheit zu garantieren. „Jeder kann das, was er wirk-

lich möchte, auch schaffen“, antwortete Bongers darauf, wie man in die Politik kommt. „Engagiert euch!“ Zimkeit ergänzte: „Wenn ihr euch nicht selber engagiert, entscheiden andere Menschen für euch.“ Das größte Problem im Landtag sei, dass es eine Gruppe von Abgeordneten gebe, die sich sehr intolerant und undemokratisch verhielten. In ihrer Kritik an der AfD waren sich Bongers und Zimkeit einig. „Wir wollen, dass alle Menschen gleich behandelt werden“, sagt Sonja Bongers den Kindern.

Die Frage nach dem in der EU

beschlossenen Urheberrecht fürs Internet beantwortete Stefan Zimkeit mit deutlicher Kritik an großen Digitalkonzernen wie Facebook und Google. „Die verdienen Geld mit dem, was Musikern und Künstlern gehört. Diese haben aber ein Recht darauf, ihren Anteil daran zu erhalten“, verteidigte er die Idee eines gestärkten Urheberrechts. Der Weg, dies mit Uploadfiltern zu regeln, sei aber falsch“, sprachen sich beide SPD-Abgeordnete gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit aus.

Foto: privat